

Statement Jahres-Pressekonferenz, 11. Juli 2024, Berlin

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlich willkommen zur Jahres-Pressekonferenz von Brot für die Welt. Danke für Ihr Interesse.

Wir erleben einen beispiellosen Angriff auf die Werte dieses Landes. Werte wie Solidarität und Mitgefühl sind Fremdwörter für Populistinnen und Populisten. Auch deshalb wird in Deutschland im Moment so erbittert über den Bundeshaushalt und die Etats für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe gestritten. Wir erwarten nun vom Parlament, das nun einmal die Haushaltshoheit hat, die gravierenden Kürzungen zumindest teilweise zurückzunehmen. Es war jahrzehntelang überparteilicher Konsens, dass Deutschland eine starke Entwicklungspolitik braucht – begründet aus seiner gewaltvollen Geschichte, dem wirtschaftlichen Aufschwung nach zwei Weltkriegen, der ohne Unterstützung aus dem Ausland undenkbar gewesen wäre. Aber gerade auch begründet aus der Notwendigkeit von Kooperation und Partnerschaft.

In der aktuellen politischen Diskussion erleben wir das genaue Gegenteil. Die Gründe finden immer weniger Gehör, warum es nicht nur ethisch geboten, sondern auch ein Beitrag zu unserer eigenen Entwicklung ist, wenn wir in Entwicklungszusammenarbeit investieren. Immer lauter wird dagegen die Frage: „Was haben wir davon?“, wenn darum gestritten wird, wie viel Geld Deutschland in Zukunft ausgeben soll für den Kampf gegen Hunger, gegen die Folgen der Klimakrise oder für die Unterstützung von Kriegstraumatisierten.

Krise der Demokratie

Wir erleben eine weltweite Krise der Demokratie. Schon jetzt gibt es mehr Autokratien als tatsächliche Demokratien. Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiger Schlüssel, um einer weiteren Erosion entgegenzuwirken. Sie unterstützt den Aufbau und Erhalt demokratischer Strukturen, sie unterstützt konkret die Zivilgesellschaft, ohne die keine Demokratie existieren kann.

Man muss nur die Perspektive wechseln, um zu verstehen, was gerade auf dem Spiel steht. Das gelingt, indem man mit Menschen spricht, die in ihren Ländern eine solche Erosion der Demokratie seit Jahren beobachten. Sie beschreiben sehr eindrücklich, was es für sie bedeutet, wenn der Globale Norden seine Investitionen zurückfährt. Rechte Regierungen drangsalieren oder schließen immer mehr Nichtregierungsorganisationen. Wenn der Globale Norden sich auch noch zurückzieht, werden die ohnehin schon Schwächsten der Gesellschaft noch mehr an den Rand gedrängt. Die Armen und Ausgegrenzten sind also am stärksten betroffen und das bleibt nicht ohne Folgen - auch für uns.

Ich zitiere eine unserer Partnerinnen, Rosemary Viswanath aus Indien:

„Der Globale Norden muss verstehen, dass die einseitige Fokussierung auf gute Handelsbeziehungen dazu führen wird, Menschen und Umwelt noch

weiter zu Nebensächlichkeiten zu erklären. Langfristig werden die Folgen auf ihn selbst zurückfallen.“

Doch genau jetzt möchte die Bundesregierung den Entwicklungsetat so radikal einkürzen wie keine Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. Zum Vorschein kommt eine Schneckenhaus-Mentalität, die ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat. Eine solche Sicht zeigt erstens einen beunruhigenden Mangel an Verantwortungsbewusstsein, sie ist zweitens aber auch extrem kurzsichtig. Denn sie verkennt, dass wir selbst darunter leiden werden, wenn wir unsere Beziehungen zu Ländern kappen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Isolation und Abschottung können wir uns nicht erlauben.

Wir brauchen nicht weniger Kooperation, sondern mehr. Das gilt für Klimapolitik: Jede Tonne Co₂, die irgendwo auf der Welt eingespart wird, ist gut für das Klima auf der ganzen Welt. Es gilt aber auch für Ernährungspolitik: Wenn wir unsere subventionierten Überschüsse billig in Länder des Globalen Südens verkaufen, hemmen wir dort die Entwicklung und die Fähigkeit, die Bevölkerung ohne Importe – und damit krisenfester – zu versorgen. Mehr Kooperation brauchen wir ebenso für eine sicherere Welt: Gute Entwicklungszusammenarbeit beugt Konflikten vor und hilft, Frieden zu sichern.

Bundshaushalt

Die Pläne der Bundesregierung sind noch nicht offiziell bekannt, klar ist aber, dass es weitere gravierende Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit geben soll. Deutschland würde sich im Schneckenhaus weiter einkapseln. Das zu verhindern, ist nun die Aufgabe des Bundestages. Die Kürzungen in diesem und im nächsten Jahr sind – unabhängig von ihrer exakten Höhe - in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos. Dabei ist die Schmerzgrenze für den Etat des Entwicklungsministeriums bereits heute überschritten.

Kritik an Entwicklungszusammenarbeit

Der Finanzminister begründet diese Kürzungen damit, dass es der Respekt gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gebiete, Staatsaufgaben und Staatsausgaben immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Was ist notwendig, was ist effektiv?

Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber er ignoriert dabei, dass kaum ein Politikfeld regelmäßiger und gründlicher auf seine Wirkungen hin untersucht wird als die Entwicklungspolitik.

Der Finanzminister schießt weit übers Ziel hinaus, wenn er Entwicklungsprojekte als sinnlose Investitionen anführt und dabei populistische Argumentationen aufgreift. Weil auch *unsere* eigene Arbeit mit *unseren* Partnern hinterfragt wird, möchte ich an einigen konkreten Beispielen aufzeigen, welchen Beitrag Entwicklungszusammenarbeit leistet.

Projekte von Brot für die Welt

Am Horn von Afrika führen auch nach dem Ende des Tigray-Kriegs gewalttätige Konflikte zu humanitären Katastrophen. Um dem entgegenzuwirken, unterstützen unsere Partner dort hauptsächlich Binnenvertriebene und Geflüchtete – aber auch die Gemeinden, in denen die Menschen nun leben. Um

das erlebte Grauen zu überwinden, erhalten Zehntausende Unterstützung von der Mekane-Yesus-Kirche, einem Partner von Brot für die Welt. So kommen die Menschen wieder in die Lage, sich selbst um die Ernährung ihrer Familien und die Schulbildung der Kinder zu kümmern. In Bangladesch dringt wegen des ansteigenden Meeresspiegels immer mehr Salzwasser ins Landesinnere. Wir unterstützen unsere Partner bei der Entwicklung von salzresistentem Saatgut, bei der Finanzierung von Wasser-Entsalzungsanlagen und beim Katastrophenschutz. In Guatemala erzeugt eine indigene Gemeinschaft mit unserer Unterstützung Strom aus Wasserkraft mit kleinen Generatoren in Flüssen. Dörfer konnten sich entwickeln, kleine Betriebe haben erstmals Strom und Kinder können auch nach Einbruch der Dunkelheit lesen und lernen. Zu einem unserer Projekte in Ruanda mit dem Titel „Positive Maskulinität“ schrieb eine Zeitung: „Hier werden die gesellschaftspolitischen Ansprüche des rot-grünen Milieus auf andere Länder übertragen.“ Die Wahrheit ist: In diesem Projekt geht es um den Einsatz gegen Gewalt an Frauen. Und zwar in einem Land, das vor 30 Jahren einen Völkermord erlebt hat. Die Täter damals waren hauptsächlich Männer.

Kritik an Projekten der Entwicklungszusammenarbeit muss nicht nur erlaubt sein. Sie ist unbedingt nötig. Wir überprüfen regelmäßig, ob die Projekte unserer Partnerorganisationen ihren Zweck erfüllen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, wenn wir mit Steuermitteln und Spenden arbeiten. Wir lassen unsere Projekte von externen Prüfern evaluieren. Welche Ziele hat ein Projekt? Welche Indikatoren müssen erfüllt sein, damit ein Ziel als erreicht gewertet werden kann? Das alles tut die Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen und wir bei Brot für die Welt im Speziellen.

Doch bei den aktuellen Debatten geht es nach unserer Überzeugung um etwas Anderes: Die Rolle Deutschlands soll neu definiert werden. Weg von Kooperation – weiter hinein ins nationale Schneckenhaus.

Warum brauchen wir eine starke Entwicklungszusammenarbeit?

Deutschland ist ein starkes Land. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einerseits und wegen seiner historischen Verantwortung andererseits hat Deutschland die ethische Verpflichtung, sich international für eine gerechte Zukunft zu engagieren. Die mit den starken Schultern stehen an der Seite jener, die auf Unterstützung angewiesen sind. Natürlich halten wir es als christliches Entwicklungswerk für ethisch geboten, Menschen zu helfen, wenn wir dazu in der Lage sind. Doch völlig unabhängig davon ist es auch ökonomisch sinnvoll: Studien der Weltbank zeigen: Jeder Euro, der heute in strukturbildende Entwicklung geht, spart am Ende vier Euro an humanitärer Hilfe.

Die aktuellen Kürzungen werden auch damit begründet, dass der Krieg in der Ukraine die Lage grundsätzlich verändert habe. Deutschland müsse nun erst einmal in die eigene Sicherheit investieren. Ich finde aber: Entwicklungspolitik und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie sind vielmehr eng miteinander verbunden. Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Welt sicherer zu machen. Wir sind in Deutschland nur sicher, wenn die Welt insgesamt sicher ist. Mit unseren Partnerorganisationen erleben wir jeden Tag, wie und wo unsere Projekte dazu beitragen. Übrigens auch in der Ukraine, wo wir mit Partnern Kriegstraumata

behandeln und den sozialen, den kommunalen Wiederaufbau schon jetzt voranbringen.

Es geht aber auch um die Zukunft Deutschlands. Viele Menschen fühlen sich gerade selbst nicht gerecht behandelt. Das liegt aber nicht daran, dass Deutschland in die Entwicklung anderer Länder investiert. Sondern daran, dass wir falsche Prioritäten setzen. Wenn wir zum Beispiel die klima- und umweltschädlichen Subventionen abbauen, können bis zu 65 Milliarden Euro jährlich frei werden. Um es ganz konkret zu machen: Fast vier Milliarden Euro lassen wir es uns jährlich kosten, dass es auf internationale Flüge keine Mehrwertsteuer gibt. Nur etwa die Hälfte davon – rund 2 Milliarden Euro – verlangt Entwicklungsministerin Svenja Schulze mehr für ihr Budget im Vergleich zu dem, was der Finanzminister ihr zugestehen möchte.

Deutschland steht an einem Scheideweg. Zurück zur Kooperation oder weiter ins nationale Schneckenhaus? Der Bundesregierung sollte klar sein, dass sich Kürzungen im Bereich internationaler Zusammenarbeit langfristig rächen würden. Ein Zurückfahren der Entwicklungszusammenarbeit wäre politisch unklug und ganz sicher nicht im Interesse Deutschlands. Die Regierung muss sich auch bewusst sein, dass dieser Rückzug eine Absage an die Werte ist, die sie sich selbst gesetzt hat. Bundeskanzler Olaf Scholz hat es am vergangenen Freitag in der Bundespressekonferenz gesagt: ‚Wir dürfen uns nicht mit uns selbst beschäftigen.‘

Bilanz Brot für die Welt 2023

Es macht mich froh, dass ich bei unseren Spenderinnen und Spendern eine ganz andere Haltung erlebe. Ihnen ist wichtig, Menschen in ärmeren Ländern dabei zu unterstützen, ihre Potentiale zu nutzen. Daher bin ich zutiefst dankbar für die 75,9 Millionen Spenden und Kollekten, die im vergangenen Jahr an Brot für die Welt gingen. Sie sind auf dem Niveau von 2022. Neben kirchlichen Mitteln und den angesprochenen Mitteln des Bundes sind Spenden und Kollekten eine unserer drei Finanzierungs-Säulen.

Insgesamt standen uns 2023 331,5 Millionen Euro zur Verfügung – ein Rückgang von 6,4 Millionen Euro.

288 Millionen konnten wir im vergangenen Jahr in unsere Projektarbeit stecken, das entspricht 91 Prozent der Gesamtausgaben. Für Werbe- und Verwaltungsaufgaben wurden 9 Prozent eingesetzt. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bewertet den Anteil der Werbe- und Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben als niedrig.

Mit diesen Mitteln konnten wir 2023 2905 Projekte fördern. Afrika bleibt dabei die Schwerpunkt-Region.

Herzlichen Dank.